

Komitee gegen die Ferieninitiative

11. März Die Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» verlangt das Recht auf sechs Wochen bezahlte Ferien für alle Arbeitnehmenden. Mit dem Ziel der Ablehnung dieser nationalen Initiative im Urnengang vom 11. März hat sich ein breites überparteiliches Komitee gebildet. Co-Präsidenten sind Thierry Burkart (Grossrat, Parteipräsident FDP), Bernhard Guhl (Nationalrat, Parteipräsident BDP Aargau), Daniel Knecht (Präsident AIHK), Thomas Lüpold (Parteipräsident SVP Aargau), Kurt Schmid (Präsident Aargauischer Gewerbeverband), Peter Voser (Grossrat, Fraktionspräsident CVP) und Felix Jenni (Grossrat, Co-Parteipräsident und Fraktionspräsident GLP Aargau).

Das Komitee verweist auf Staaten ringsum, die wegen «zu wenig produktiver Wirtschaft ihre guten Ratings einbüssen und rekordhohe Arbeitslosenzahlen ausweisen». Da muteten die Gewerkschaften der Schweiz zu, so das Komitee in einer Mitteilung, «unsere Produktivität mit

weniger Arbeit und mehr Ferien zu schwächen». Die Initiative würde unseren Firmen massive Zusatzkosten aufbürden, warnt das Komitee. Dies gefährde unsere Konjunktur und damit schweizerische Arbeitsplätze, die durch geschwächte Konkurrenzfähigkeit von den Unternehmen bei einem Ja zur Initiative ins Ausland verlagert würden. Nicht zuletzt schade sie den Arbeitnehmenden selbst, «indem Lohnerhöhungen verhindert und flexible Arbeitsmodelle sabotiert werden», wie es weiter im Communiqué heisst. Das Komitee verweist auf den gemäss OR geltenden Ferienanspruch von mindestens vier Wochen pro Jahr. Arbeitnehmende unter 20 Jahren haben Anspruch auf fünf Wochen. Und viele Angestellte profitierten dank GAV oder Firmenregelungen schon heute von wesentlich grosszügigeren Regelungen. Das Komitee: «Diese sozialpartnerschaftlichen und flexiblen Lösungen haben sich bewährt.» Es empfiehlt ein Nein. (AZ)